

5311

Diskussionsrede des Leiters der Delegation  
der Deutschen Demokratischen Republik,  
Walter Ulbricht, auf der Tagung des Politischen  
Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer  
Vertrages am 17. März 1969 in Budapest

Werte Genossen!

Die Dringlichkeit der von uns beschlossenen Maßnahmen zur Festigung der militärischen Zusammenarbeit unserer Staaten und Erhöhung der Gefechtsbereitschaft unserer Streitkräfte wird zusätzlich bestätigt durch neue militärpolitische und militärische Aktivitäten der NATO, wie die provokatorische Verlegungsübung amerikanischer Land- und Luftstreitkräfte im Rahmen des Manövers Reforger I und der sich daran anschließenden Übung dieser Truppen in unmittelbarer Nähe der Staatsgrenze der DDR und der CSSR sowie der Übung Kyles 3, bei der von sogenannten Krisenstäben der NATO-Länder die Beherrschung provozierten Krisensituationen durch Anwendung der verschiedensten Mittel und Methoden geprobt wird. Auch die besonderen Aktivitäten des NATO-Kommandos Ostseeausgänge verdienen unsere Aufmerksamkeit.

Konzentrierten Ausdruck fand die aggressive Gesamtkonzeption der NATO in der Kommandostabsübung "Fallex 68", die im Oktober 1968 durchgeführt worden ist und über die uns authentische Informationen vorliegen.

Bei der NATO-Stabsübung "Fallex 68", die sich - wie ausdrücklich betont wurde - an die tatsächliche Kriegsplanung der NATO anzulehnen hatte, wurde der Auslösung der militärischen Aktionen eine generalstabsmäßig vorbereitete und geführte ideologische Diversion und psychologische Kriegführung zur Zersetzung der sozialistischen Staatengemeinschaft vorausgeschickt.

Als Grundlage der militärischen Aktionen wurde bei der Übung konkret angenommen:

- die Aufweichung des kollektiven Verteidigungsbündnisses der Staaten des Warschauer Vertrages;
- die Lostrennung einzelner sozialistischer Staaten von der sozialistischen Staatengemeinschaft;
- die Zerstörung der Einheit von Partei und Volk in sozialistischen Ländern.

Dabei wurden alle NATO-Stäbe einschließlich der Divisionsstäbe darauf eingestellt, daß ihre militärischen Operationen auf einem politisch entsprechend vorbereiteten Boden erfolgen würden. Der mit "Fallex 68" geübte Krieg war gekennzeichnet durch eine sehr bewegliche, die politischen und militärischen Bedingungen der verschiedenen

geographischen Räume Europas berücksichtigende Kriegführung. Geprobt wurde bei "Fallex 58" in Aufeinanderfolge, enger Verzahnung und Überschneidung die Politik der Aufweichung und Zersetzung, der psychologische Krieg, der verdeckte Krieg, der begrenzte Krieg, der taktische Einsatz von Kernwaffen und schließlich die Auslösung des allgemeinen Kernwaffenkrieges.

Bei dieser Sachlage werden wir also nicht unklar können, künftig jede Art der ideologischen, kirchlichen und psychologischen Kriegführung gegen unsere Länder als Bestandteil der versuchten Realisierung der Landesplanung der NATO zu werten. Wir werden auch Schlussfolgerungen aus der Tatsache ziehen müssen, daß der westdeutsche Imperialismus neben seinem Streben nach nuklearen Waffen unmittelbar auch mit bakteriologischen und chemischen Kampfmitteln arbeiten läßt und deren Einsatz erprobt.

In der gegenwärtigen Phase der Entwicklung konzentriert die NATO ihre Aufmerksamkeit auf den bakteriologischen Krieg, auf den Versuch der Unterminierung der sozialistischen Länder und zugleich auf die Vorbereitung aktiver Maßnahmen des verdeckten Krieges.

Auf militärischem Gebiet haben wir Maßnahmen zur Erhöhung der Effektivität und Schlagkraft unseres Bündnisses getroffen. Wir sind der Ansicht, daß wir

jetzt mit verstärkter Kraft daran gehen sollten, auch auf politischem, ideologischem und ökonomischem Gebiet unsere sozialistische Kampfgemeinschaft auszubauen und zu festigen, um dem psychologischen Krieg der NATO gegen uns erfolgreich begegnen zu können.

Große Bedeutung messen wir der Stärkung und dem Ausbau der politischen Zusammenarbeit und Geschlossenheit unserer Länder bei. Wir halten es für notwendig, daß wir die großen geschichtlichen Leistungen der sozialistischen Gesellschaftsordnung, die alle unsere Länder aufzuweisen haben, weit besser als bisher als Erfolge des sozialistischen Gesellschaftssystems herausstellen und der jungen Generation bewußt machen.

Es ist bekannt, daß die Imperialisten große Anstrengungen unternehmen, um besonders unter der Jugend unserer Länder Einfluß zu gewinnen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß überall dort die Jugend mit uns geht, wo wir sie aktiv einbeziehen in die Lösung der neuen Probleme der sozialistischen Umgestaltung, wo wir - besonders auch an den Hochschulen und Universitäten - gemeinsam mit der Jugend im sozialistischen Geist die Schlußfolgerungen aus der wissenschaftlich-technischen Revolution ziehen. Diesem Ziel dient auch die dritte Hochschulreform, die gegenwärtig in der DDR durchgeführt wird. Wir müssen den Kampf gegen die Einflüsse bürgerlicher Ideologien ständig führen und können uns nicht damit zufrieden geben,

daß wir im vergangenen Jahr gemeinsam der sogenannten neuen Ostpolitik der westdeutschen Imperialisten eine Niederlage beigebracht haben.

Wir halten es weiter für notwendig, daß eine Zusammenarbeit mit regelmäßigen politischen Konsultationen zwischen den für ideologische Arbeit verantwortlichen Sekretären der Zentralkomitees unserer Parteien zur Koordinierung eines wirksamen gemeinsamen Kampfes gegen den psychologischen Krieg festgelegt und gesichert wird.

Die Aufmerksamkeit aller Genossen möchte ich auch auf die Notwendigkeit lenken, unseren Rückstand auf dem Gebiet der materiellen und wissenschaftlich-technischen Mittel im Kampf gegen die psychologische Kriegführung der Imperialisten, vor allem bei den Massenmedien, Rundfunk, Fernsehen, Presse, in gemeinsamen und koordinierten Anstrengungen aufzuholen. Wir müssen möglichst bald in der Lage sein, dem aggressiven Imperialismus auf diesem Feld eine ebenso starke Front entgegenstellen zu können, wie auf militärischem Gebiet.

Die Voraussetzungen, auch die jetzige Etappe der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus in Europa zu unseren Gunsten zu entscheiden, sind vorhanden.

Im Ganzen gesehen gibt es eine stabile und günstige Entwicklung der Volkswirtschaft unserer Länder, der militärischen Stärkung unseres Verteidigungsbündnisses und des Wachstums der demokratischen Kräfte und der Friedensbewegung in vielen europäischen kapitalistischen Staaten.

Wenn gegenwärtig einige Faktoren der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus nicht voll wirksam werden können, so trägt dafür die abenteuerliche Spalterpolitik der Mao-Tse-tung-Gruppe eine große Verantwortung. Ihre auch militärische Provokationen einschließende aggressive Politik gegenüber der Sowjetunion, der Hauptmacht und Hauptstütze der sozialistischen Staaten- und Völkergemeinschaft, ist eine direkte und offensichtlich auch gewollte Unterstützung des USA-Imperialismus und des westdeutschen Imperialismus in deren Kampf gegen den Sozialismus. So können wir es auch nicht als Zufall ansehen, daß die jüngste chinesische militärische Provokation gegen die Sowjetunion gerade zum gleichen Zeitpunkt stattfand, da die westdeutschen Imperialisten mit Unterstützung der USA-Imperialisten ihre ernste Westberlin-Provokation gegen die Deutsche Demokratische Republik und gegen die Sowjetunion durchführten.

Die wachsenden ökonomischen und politischen Gegensätze und Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern Europas und innerhalb dieser Länder selbst wurden besonders deutlich im Zusammenhang mit der Krise des imperialistischen Währungssystems in den letzten Monaten des vergangenen Jahres. Trotz der größeren Widersprüche zwischen den NATO-Ländern können wir jedoch nicht daran vorübergehen, daß Bonn auf der letzten Tagung des NATO-Ministerrates in Brüssel in seinem Bemühen um stärkeren Einfluß in der NATO und um die Hegemonie über Westeuropa einen Schritt weitergekommen ist.

Sowohl die Tagung des NATO-Ministerrates als auch das Auftreten der Bonner Regierung im Zusammenhang mit der Währungskrise zeigten, daß wir es hier nicht mehr mit demselben westdeutschen Imperialismus zu tun haben, wie wir ihn zum Beispiel aus der Adenauer-Ära kennen. Der westdeutsche Imperialismus hat sich eng mit der imperialistischen Führungsmacht USA und ihrer Globalstrategie verbunden, wobei das massive ökonomische und wissenschaftlich-technische Eindringen der USA-Konzerne in Westdeutschland und ihre zunehmende Verflechtung mit dem westdeutschen Monopolkapital eine bedeutende Rolle spielen.

Auf der Grundlage einer Konzentrationsbewegung des Kapitals größten Ausmaßes hat der westdeutsche Imperialismus eine neue Offensive der ökonomischen Expansion und des Neokolonialismus entwickelt. Die Größenordnung der Konzentrationsbewegung ist durch die Tatsache gekennzeichnet, daß nicht nur kleine und mittlere Unternehmen von den großen Konzernen aufgesogen werden, sondern große Konzerne sich zusammenschließen oder kooperieren, und daß neue Riesenkonzerne unter dem Kommando des westdeutschen Monopolkapitals entstehen. Etwa 80 Prozent des gesamten Kohlebergbaus der Ruhr wird in einem Riesenkonzern konzentriert, der über etwa 200 000 Arbeiter und Angestellte verfügt. Auf dem Gebiet der Elektroindustrie gibt es Gemeinschaftsgründungen und Kooperationsvereinbarungen zwischen den alten Konkurrenten Siemens-Konzern und AEG-Konzern, die zusammen über mehr als 350 000 Arbeiter und Angestellte verfügen. Derselbe Prozeß vollzieht sich auf dem Gebiet der Chemie und der Treibstoffwirtschaft, der Kraftfahrzeugindustrie usw. Besonders großen Umfang haben die von der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik und ihrem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister nachdrücklich forcierten Konzentrationsvorgänge in der Rüstungsindustrie.

Auf dem Hintergrund dieser Konzentrationsbewegung nehmen sich die Versuche der westdeutschen Regierung und ihres sozialdemokratischen Außenministers besonders merkwürdig aus, den sozialistischen Ländern zu empfehlen, im Interesse eines angeblich "demokratischen Sozialismus" die Industrie und die ganze Wirtschaft zu dezentralisieren.

Das westdeutsche Monopolkapital vollzieht diese neue Konzentrationsbewegung, um kapitalstarke Riesen-Konzerne, sogenannte Weltfirmen, zu schaffen, die auch mit den USA-Konzernen auf den Weltmärkten konkurrieren können und um die ökonomische Expansionsoffensive des westdeutschen Imperialismus, sein Streben nach der Hegemonie über Westeuropa und seine neokolonialistischen Vorstöße voranzutreiben. Westdeutsche Großkonzerne gründen in zunehmendem Maße Großbetriebe der Chemie usw. auch außerhalb des westdeutschen Territoriums im Bereiche anderer EWG-Staaten. Bemerkenswerterweise hat die französische Regierung bereits gegen eine Inflation westdeutscher Firmengründungen in Ostfrankreich (ehemals Elsaß-Lothringen) Stellung nehmen müssen.

Im ersten Halbjahr 1968 betrug der Überschuß des westdeutschen Kapitalexports über den Kapitalimport 6,1 Milliarden Mark.

Zu den Zielen der westdeutschen ökonomischen Expansionsoffensive, die - wie wir wissen - mit politischen Zielsetzungen gekoppelt ist, gehört auch das ökonomische Eindringen in die sozialistischen Länder und ihre ökonomische Aufweichung. Wir sollten unbedingt diesen Bestrebungen und ihren Hintergründen verstärkte Aufmerksamkeit widmen. Das ist um so notwendiger, als diese Expansionsoffensive des westdeutschen Imperialismus von einer Verschärfung der Revanchepolitik der Regierung in Bonn und einer Verhärtung ihrer Revanchepositionen begleitet ist.

In diesem Zusammenhang können wir auch nicht daran vorübergehen, daß es Bonn weitgehend gelingt, die NATO für die Revanchepolitik einzuspannen. Das zeigt sich auch in den Dezemberbeschlüssen des NATO-Ministerrates. Sie lassen die Verschärfung der Aggressivität und der anti-sowjetischen Zielsetzung des NATO-Blocks erkennen und sind auf Steigerung der Rüstung und Erhöhung der internationalen Spannungen gerichtet. Diese Beschlüsse versuchen die Aktionsphäre der NATO und die Verpflichtungen der Mitglieder des NATO-Blocks auf Staaten und Gebiete zu erweitern, welche der NATO weder angehören noch jemals zu ihrem Bereich gehört haben.

Ein besonders eifriger Verfechter dieser die Spannungen in Europa erhöhenden Festlegungen war die Bonner Regierung und ihr Außenminister Brandt. Die Proklamierung einer Art Einmischungsrecht der NATO in Länder, welche der NATO nicht angehören, die Aktivierung der Aggressivität der NATO gegenüber den sozialistischen Ländern, die Erklärung der NATO zu einer "Allianz von unbegrenzter Dauer" die Entwicklung der sogenannten Flankenkonzeption der NATO, insbesondere der Ausbau der NATO-Positionen im östlichen Mittelmeer und in der Ostsee, der Versuch, der Sowjetunion das Recht auf Anwesenheit im Mittelmeer streitig zu machen, das alles sind Elemente, welche ebenfalls die in der europäischen Situation eingetretenen Veränderungen kennzeichnen. Die NATO hat schließlich in ihrem Brüsseler Communiqué erklärt, sie könne - ich zitiere wörtlich - "gegenüber jeglicher Entwicklung, die ihre Sicherheit gefährdet, nicht gleichgültig bleiben. Jede sowjetische Intervention, die die Situation in Europa oder im Mittelmeer mittelbar oder unmittelbar beeinflusst, würde zu einer internationalen Krise mit schwerwiegenden Folgen führen" - Ende des Zitats.

Wenn die an einem Konflikt offensichtlich nicht interessierten kleineren NATO-Staaten einer solchen Erklärung zustimmten, dann können wir ermessen, welcher

politisch-psychologische und materielle Druck auf sie ausgeübt worden ist. Ich möchte jedoch nicht annehmen, daß die kleineren NATO-Staaten -- oder selbst Frankreich und England -- ohne weiteres bereit sein werden, diese proklamierte aggressive NATO-Politik mit ihren großen Risiken in die Praxis umzusetzen.

Hinsichtlich der sogenannten deutschen Frage und der Situation Westberlins hat sich die NATO auf ihrer letzten Ministerratstagung Zuständigkeiten angemaßt, für die es keinerlei völkerrechtliche Grundlagen gibt, die vielmehr ein direkter Verstoß gegen die Nachkriegsregelungen sind. Die NATO als aggressiver, gegen das Potsdamer Abkommen und gegen die sozialistischen Länder gerichteter Militärpakt hat niemals ein Mitspracherecht in bezug auf die Durchführung des Potsdamer Abkommens und die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik gehabt. Als souveräne Staaten können die DDR und die westdeutsche Bundesrepublik ihre Beziehungen nur selber durch völkerrechtliche Verträge miteinander regeln.

Die NATO spricht von angeblich von den Staaten des Warschauer Vertrages geschaffenen Hindernissen für die "Annäherung" zwischen Westdeutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Es ist jedoch bekannt, daß Bonn mit seinen revanchistischen Vorbedingungen alle Ansätze für Gespräche über Beziehungen zwischen der DDR und Westdeutschland blockiert.

Wenn die westdeutsche Bundesrepublik Gespräche wünscht, dann ist es unerlässlich, daß Bonn die gleichberechtigte völkerrechtliche Existenz der Deutschen Demokratischen Republik sowie den Status quo in Europa, vor allem die bestehenden Grenzen anerkennt, die Alleinvertretungsanmaßung aufgibt und ebenso alle Versuche, sich durch Manöver der "Ausklammerung" seiner Revanchepolitik diese durch die DDR oder andere sozialistische Länder legitimieren zu lassen. Es ist offenkundig, daß auch die Aufrechterhaltung der Hallstein-Doktrin durch die Bonner Regierung gegen die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten gerichtet ist.

Was die Einmischung der Bonner Regierung und der NATO in Angelegenheiten Westberlins betrifft, so können wir nur feststellen, daß dies die Interessen der Bürger dieser Stadt wie auch die Interessen des europäischen Friedens und der Sicherheit schädigt. Mit der Wahl des neuen Bundespräsidenten in Westberlin wollte die Bonner Regierung eine Veränderung des Status quo und eine Verhärtung ihrer Alleinvertretungsanmaßung erreichen. Die Annexion Westberlins soll die erste Stufe zur Durchsetzung des von Strauß konzipierten Programms zur imperialistischen "Neuordnung Europas" nach Bonner Vorstellungen sein. Die Wahl des Bundespräsidenten in Westberlin unter Berufung auf die ehemalige "Reichshauptstadt"

ist zugleich Unterstreichung des Anspruchs auf Wiederherstellung des imperialistischen deutschen Reiches, wobei die Pläne von Strauß zeigen, daß es nicht nur um das Reich in den Grenzen von 1937 geht.

Bei ihren Maßnahmen gegen die revanchistische Provokation der Bonner Regierung ging und geht die Deutsche Demokratische Republik in voller Übereinstimmung mit der UdSSR von der Rechtslage aus, derzufolge Westberlin, das auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik liegt, eine selbständige politische Einheit ist und zu keinem Zeitpunkt Bestandteil des westdeutschen Staates war, ist, noch jemals sein wird.

Alle von der DDR bisher getroffenen Maßnahmen stehen in voller Übereinstimmung mit den Nachkriegsvereinbarungen. Wir haben uns konsequent an unsere gemeinsame Politik der europäischen Sicherheit und der Verminderung der Spannungen, an die Vereinbarungen von Karlovy Vary und der Warschauer Außenministerkonferenz gehalten. In diesem Zusammenhang danke ich im Namen des Politbüros der SED und der Regierung der DDR den Parteiführungen und Regierungen der Bruderländer für die schnelle, großzügige und wirkungsvolle Unterstützung auch in dieser Phase unserer Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus und Revanchismus.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit unterstreichen, daß es ein Westberlin-Problem, keinesfalls aber eine Berlin-Frage gibt. Berlin ist die Hauptstadt der souveränen Deutschen Demokratischen Republik, die ihre eigenen Angelegenheiten ohne Mitwirkung der imperialistischen Westmächte regelt. Die anomale Situation in Westberlin jedoch, das als Brückenkopf der Diversion und des kalten Krieges gegen die DDR und andere sozialistische Länder mißbraucht wird, erhöht die Spannungen in Europa und stellt eine ernste Gefahr für Frieden und Sicherheit dar.

Die Deutsche Demokratische Republik ist seit 1955 durch den Staatsvertrag mit der Signatarmacht des Potsdamer Abkommens, der UdSSR, völkerrechtlich ein souveräner Staat, der laut Verfassung die Mitverantwortung für die Durchführung des Potsdamer Abkommens trägt. Daraus ergibt sich unter anderem, daß die Benutzung der Verkehrswege der DDR durch Organe anderer Staaten (oder der besonderen politischen Einheit Westberlin) staatliche Vereinbarungen mit der DDR notwendig macht. Eine friedensvertragliche Vereinbarung, die von den Regierungen der UdSSR und der DDR mehrfach vorgeschlagen wurde und auf deren Grundlage möglichst diese Fragen geregelt worden wären, ist an Widerstand der Bonner Regierung und der drei Westmächte gescheitert. Entgegen den Behauptungen der Bonner Regierung und des Westberliner Senats gibt es keinerlei vertragliche Regelung über den zivilen Verkehr von und nach Westberlin

zu Lande, zu Wasser oder in der Luft über das Gebiet der DDR. Zwischen den Besatzungsmächten sind unmittelbar nach 1945 lediglich - und auch das nur mündlich - Abreden über die Benutzung bestimmter Verkehrswege der damaligen sowjetischen Besatzungszone zwecks Gewährleistung der Versorgung der in Westberlin stationierten militärischen Einheiten der USA, Englands und Frankreichs getroffen worden. Insbesondere der zivile Luftverkehr von und nach Westberlin ist illegal und stellt eine Verletzung der Souveränitätsrechte der Deutschen Demokratischen Republik dar. Der illegale Transport Bonner Revanchepolitiker einschließlich einiger Dutzend neo-nazistischer Abgeordneter über das Gebiet der DDR nach Westberlin zum Beispiel, wo eine ernste Provokation durchgeführt wurde, kann wohl auch kaum mit den Vereinbarungen der Antihitlerkoalition und dem Geist des Potsdamer Abkommens in Einklang gebracht werden.

Die damit im Zusammenhang stehenden Ereignisse haben bewiesen, daß die westdeutsche CDU/CSU und die sozialdemokratische Führung bis jetzt zu einem Kurs der Minderung der Spannungen nicht bereit sind, die und ihre Bonner Regierung haben mit ihrer provokatorischen Präsidentenwahl außerhalb des Territoriums der westdeutschen Bundesrepublik die Spannungen erhöht und den Frieden gefährdet. Dabei haben sie eine gewisse weitere internationale Isolierung der westdeutschen Koalitionsregierung in Kauf nehmen müssen.

Die sich abzeichnende Forcierung der Bonner Annexionspolitik kann es notwendig machen, weitere Maßnahmen zu treffen, um Garantien zur Gewährleistung der Sicherheit der DDR und der sozialistischen Staatengemeinschaft zu schaffen. Gerade das macht es erforderlich, die Entwicklung sehr sorgfältig zu verfolgen und den Standpunkt der sozialistischen Staaten und des Politischen Beratenden Ausschusses international nachdrücklich und wirksam zu vertreten.

Eine gesicherte friedliche Entwicklung Westberlins erfordert, daß in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Potsdamer Abkommens und anderen Vier-Mächte-Vereinbarungen Westberlin als selbständige politische Einheit, die nicht zur westdeutschen Bundesrepublik gehört, auch von den drei Westmächten und von Westdeutschland respektiert wird, daß in Westberlin keine Tätigkeit des westdeutschen Staates, keine revanchistische und militaristische Propaganda, kein Neonazismus und keine Rüstungsproduktion für den westdeutschen Militarismus zugelassen werden, daß Westberlin kein Brückenkopf des kalten Krieges gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder sein darf.

Die Minderung der Spannungen und die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik ist natürlich nur möglich, wenn Bonn seine Alleinvertretungsanmaßung aufgibt und die Beschlüsse und die Interessen der Staaten des Warschauer Vertrages respektiert.

Werte Genossen!

Zwischen der Aktivierung des Aggressionskurses der NATO und dem 1968 beschlossenen Aktionsprogramm der westdeutschen CDU, das auf dem ebenfalls provokatorisch in Westberlin durchgeführten CDU-Parteitag angenommen worden ist, besteht ein enger Zusammenhang. Die Hauptpartei des westdeutschen Monopolkapitals hat mit ihrem neuen Aktionsprogramm die Revanchepolitik teilweise neu formuliert und als Leitlinie für die siebziger Jahre festgelegt.

Kernstück des Aktionsprogramms ist die Proklamierung des von Strauß konzipierten Expansionsprogramms für eine imperialistische "Neuordnung Europas" unter westdeutscher Vorherrschaft. Der westdeutsche Bundeskanzler Kiesinger hat als grundlegende Parteitagsthese die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges als Unrecht bezeichnet, welches nicht als Recht anerkannt werden könne.